

Lösungshilfen

Zusammenstellung der wesentlichen Informationen zu den Fragestellungen

1 Aufgabe: Umgang mit Flucht und Vertreibung

Informieren Sie sich über den Umgang der Kirche mit DPs, Heimatvertriebenen und Flüchtlingen. Welche humanitär wegweisenden und welche schuldhaften Verhaltensweisen lassen sich feststellen?

Personengruppen

Displaced Persons (um die 7 Mio. »DPs« in westlichen Besatzungszonen)

- ◆ Jüdische KZ-Überlebende, ins Deutsche Reich verschleppte Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene der Wehrmacht und jüdische Nachkriegsflüchtlinge aus osteuropäischen Staaten wurden von der Kirche nicht als Opfer wahrgenommen. Etwa eine Million »DPs« aus osteuropäischen Staaten wollten nicht zurückkehren, aus Angst, als »Kriegsverräter« behandelt oder als »Faschisten« diskriminiert zu werden. Ab 1946 kamen mehr als 100 000 Flüchtlinge, vor allem polnische Juden, aber auch Juden aus den Balkanstaaten, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Sie waren vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion geflohen, teils bis nach Sibirien. Zudem führten antisemitische Pogrome im Nachkriegs-Polen zu einer Massenflucht in die deutschen Westzonen.
- ◆ In der britischen Zone gab es etwa 130 »DP«-Lager. Das britische Militär verfolgte das Ziel, alle »DPs« in ihre Ausgangsländer zurückzuführen, besonders strikt. Es bestand auf Registrierung, Überprüfung, ab 1947 auf Arbeitspflicht und versorgte die Lagerbewohner besser als die deutsche Bevölkerung. Ein großer Teil der »DPs« wurde bereits 1945 repatriert. 1951 übergaben die Alliierten die verbliebenen »heimatlosen Ausländer« in die Zuständigkeit der Bundesrepublik, die sie mit deutschen Staatsangehörigen gleichstellte.
- ◆ Viele Deutsche hielten »DPs« für Verbrecher, da sie ja Häftlinge gewesen seien. Erst ab 1948 trugen differenziertere Pressestimmen zum Verständnis bei.

Flüchtlinge und Vertriebene

- ◆ Mehr als 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus deutschsprachigen Siedlungsgebieten Osteuropas strömten ab 1944 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Schleswig-Holstein nahm nach Mecklenburg-Vorpommern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Flüchtlinge auf. Die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

stieg zwischen 1939 und 1949 um rund 70 Prozent von knapp 1,6 Millionen auf den Höchststand von 2,7 Millionen Einwohner an. Daneben gab es Evakuierte aus den zerbombten Großstädten und entlassene Wehrmachtssoldaten. Im ehemaligen Rückzugsgebiet der Wehrmacht hatte die britische Besatzungsmacht über eine Million deutscher Soldaten interniert.

Haltung der Kirche zu Flucht und Vertreibung

- ◆ Das im August 1945 in Treysa gegründete evangelische Hilfswerk half durch Spendensammlungen, einen Suchdienst für Angehörige, bei der Siedlungsarbeit, Jugendlichen bei ihrer Ausbildung, bei Auswanderungsbemühungen und der Betreuung entlassener Kriegsgefangener, aus der Gruppe der DPs unterstützten sie nur die Christen jüdischer Herkunft.
- ◆ Die Not der deutschen Bevölkerung wurde den Besatzungsmächten angelastet. Als Ursache für die Flüchtlingsströme und die katastrophale Lage Deutschlands wurde nicht die nationalsozialistische Kriegspolitik gesehen.
- ◆ Mitgefühl mit den NS-Verfolgten oder ehemaligen Kriegsgefangenen zeigten die Vertreter der Kirche nicht. Hilfestellungen wurden kaum (s.o.) gewährt. Die Pastoren fühlten sich nur für die Gläubigen der ehemaligen deutschen Volksgemeinschaft verantwortlich.

◆ Phase der Übernahme von Verantwortung

1961 sprachen sich acht protestantische Wissenschaftler und Intellektuelle, darunter Carl Friedrich von Weizsäcker, im »Tübinger Memorandum« für den Verzicht auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße aus. Zustimmung kam vom »Beienroder Konvent«, einem aus der Bekennenden Kirche hervorgegangenen Zusammenschluss ostpreußischer Pfarrer. Und die linksprotestantischen Kirchlichen Bruderschaften lieferten mit den »Bielefelder Thesen« eine aus dem Versöhnungsgedanken hergeleitete theologische Begründung für den Verzicht. Diese Stellungnahmen stießen auf vehementen Widerspruch des Ostkirchenausschusses, der sich in den »Lübecker Thesen« – in Anlehnung an die Charta der Heimatvertriebenen – auf das von Gott gegebene Heimatrecht berief.

1965 veröffentlichte die EKD die wegweisende Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« (Ostdenkschrift). Darin beschrieben die Verfasser die seelischen Verletzungen der deutschen Vertriebenen und die Probleme bei der Integration. Im Zentrum stand ihre Mahnung, die Vertreibung als »Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat« zu begreifen. Sie plädierten für eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und für eine Preisgabe deutscher Ansprüche auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Dieser Tabubruch löste heftige Diskussionen aus.

>>> Zäsur in der Selbstdeutung der evangelischen Kirche und Vorbereitung der Neuen Ostpolitik.

2 Aufgabe: Wandlung kirchlicher Positionen im Widerspruch zum Zeitgeist

Antijudaismus – Antisemitismus

◆ »Die Kirche und der Jude« hieß ein Text, den Wilhelm Halfmann als Pastor an der Marienkirche in Flensburg im Jahr 1936 für die Bekennende Kirche verfasste. Vorsichtig kritisierte er darin den völkisch-rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten. Zugleich rechtfertigte Halfmann aber mit religiösen Argumenten und zahlreichen Verweisen auf Luther die antijüdische Gesetzgebung des NS-Staates. Er schrieb: »Vielmehr werden wir von der Kirche her aus der bald zweitausendjährigen Erfahrung mit den Juden sagen müssen: der Staat hat recht.« Trotz dieser Zustimmung wurde Halfmanns Schrift damals von der Gestapo beschlagnahmt.

In der Nachkriegszeit setzt sich Halfmann, seit 1946 nun Bischof von Holstein, für NS-belastete Theologen und sogar für verurteilte Kriegsverbrecher ein. Dem christlich-jüdischen Dialog stand er ablehnend gegenüber. Als Anfang 1960 Auszüge aus seiner Schrift von 1936 an die Öffentlichkeit gelangten, sah er in dieser Aktion eine Verschwörung von »Ludendorffern, Atheisten, Sozialdemokraten und der DDR«. Seine damaligen Thesen zur »Geschichte der Juden« stellte er als nicht antisemitisch, sondern als rein theologisch begründet dar. Nach wie vor seien sie »sachlich richtig«, so Halfmann im März 1960.

Die Landessynode und Kirchenleute, die ihm nahe standen, werteten Halfmanns »Judenschrift« weiterhin als Zeugnis seines Widerstandes gegen das NS-Regime. Sie schickten ihm mitleidsvolle Briefe und setzten alles daran, die öffentliche Kontroverse durch Schweigen leerlaufen zu lassen – zumal die Schleswig-Holsteinische Landeskirche bereits eine Kette von Skandalen um Antisemitismus und um den Schutz von NS-Verbrechern hinter sich hatte.

In dieser Haltung des Verdrängens, Verschweigens und des Festhaltens am alten Gedankengut zeigte sich der Unterschied zur Lübecker Landeskirche. In kritischer Auseinandersetzung mit dem radikalen Antisemitismus der »Deutschen Christen« hatte diese tatsächlich versucht, die Weichen neu zu stellen. Halfmann hingegen führte nach 1945 antisemitische Denkmuster fort – als angeblich »in der Bibel gegründet«. Für ihn waren es die Juden selbst und die »Philosemiten, die eifervollen Schützer der Juden ... mit ihrem nervösen Gebaren«, die eine »Normalisierung« des deutsch-jüdischen Verhältnisses verhinderten.

Verhalten kirchlicher Vertreter gegenüber jüdischen Gemeinden

◆ **Beispiel Walter Auerbach:** Die Ausgrenzung von Christen jüdischer Herkunft wurde insbesondere in Schleswig-Holstein fortgesetzt. Der Ehemann einer nichtjüdischen Frau war 1935 als Pastor jüdischer Herkunft zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden. Seit 1942 hatte er damals – auf halboffizielle Weise – aus der Landeskirche ausgeschlossene »nichtarische Christen« betreut. Zwei Jahre nach Kriegsende beauftragte man ihn nun offiziell mit der seelsorgerischen Betreuung der Christen jüdischer Herkunft. Diese Initiative ging aber keineswegs von der Landeskirche aus. Es war die Kanzlei der EKD, die 1946 bessere Beziehungen zu »christlichen Nichtariern« anstrebte. Auch Auerbachs Einsatz für den

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

damals beginnenden christlich-jüdischen Dialog blieb ohne Resonanz. Seine engagierten Berichte von den 1948 eingeführten jährlichen Studientagungen des »Deutschen Evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel« wurden nicht verbreitet. Bischof Halfmann entschied 1948, Auerbachs Bericht sei »nicht genau und wertvoll genug, um ihn noch einmal besonders herumzusenden«.

◆ **Jüdische Gemeinden:** Nach 1945 fanden sich in den Jüdischen Gemeinden nur wenige Juden zusammen, die wegen ihrer nichtjüdischen Ehepartner von der Deportation verschont worden waren, sich hatten verstecken können oder die Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt hatten. Von den Kirchengemeinden erhielten sie weder Unterstützung noch mitfühlende Zuwendung. Stattdessen traten die nordelbischen Kirchen auch nach 1945 für die »Judenmission« ein, den Auftrag, Juden zum Christentum zu bekehren. Antisemitische Überzeugungen – gerade auch von Amtsträgern – waren weiterhin wirksam, nun wieder im alten Gewand des theologischen Antijudaismus.

◆ **Jüdische Friedhöfe:** In Schleswig-Holstein und Hamburg kümmerte sich die Kirche mit Ausnahme von einzelnen Gemeindemitgliedern in Elmshorn bis in die 1960er Jahre nicht um Aufforderungen der EKD jüdische Friedhöfe in ihren Schutz zu nehmen. Das änderte sich 1966, als die Lübecker Kirche schnell und entschieden eine schwere Grabschändung auf dem Jüdischen Friedhof Lübeck-Moisling verurteilte und ihre Hilfe anbot. Ende der 1970er Jahre – als sich Schändungen und Nazi-Schmierereien häuften, gehörte die Ablehnung des Antisemitismus zum Selbstverständnis der Nordkirchen-Gemeinden.

3 Aufgabe: Verdrängte Wahrheit und Barmherzigkeit für die NS-Täter?

Bild von den Tätern

Verharmlosung und Leugnung der Schuld der deutschen Täterschaft /mangelndes strafrechtliches Bewusstsein

◆ Nach Kriegsende gewährte die evangelische Kirche vielen belasteten Nationalsozialisten als »verlorenen Söhnen« Vergebung. Besonders betreute sie Kriegsgefangene und Internierte in Internierungslagern, wo die britischen Alliierten fast ausschließlich nationalsozialistische Funktionäre, Angehörige der SS, des Sicherheitsdienstes, der Gestapo sowie mutmaßliche Kriegsverbrecher festhielten. Im Bereich der nordelbischen Kirche nutzten sie dafür bis 1948 das ehemalige KZ-Neuengamme und bis Herbst 1946 das Lager Gadeland bei Neumünster. Auch bei den Kriegsgefangenen handelte es sich in der britischen Zone ab 1948 um verurteilte Kriegsverbrecher oder um solche, gegen die noch Ermittlungen liefen.

◆ Pastoren der nordelbischen Kirchen betreuten speziell jene SS-Leute, die im Zuge ihrer NS-Karriere aus der Kirche ausgetreten waren und nun ihre Abwendung vom Nationalsozialismus durch Wiedereintritt deutlich machen wollten. Fragen nach den Haftgründen wurden nicht gestellt, die Selbstdeutungen

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

der Inhaftierten unreflektiert übernommen. So auch in Gadeland, wo der dort eingesetzte Pastor Hellmut Traub, im Gegensatz zu dem für Neuengamme zuständigen Pastor Hans Willi Besch, immerhin auf einem allgemeinen Schuldbekenntnis bestand. Die Kirchenleitungen reichten Gnadengesuche ein. Sie wurden selbst für verurteilte Kriegsverbrecher tätig, wann immer diese oder ihre Angehörigen sie darum baten. Sie beharrten generell auf der Unschuldsvermutung und sprachen von »Zurückgehaltenen«, von »angeblichen« oder »so genannten Kriegsverbrechern«.

Beruflicher Werdegang von Werner Heyde oder Joachim Beyer

◆ Werner Heyde war einer der beiden medizinischen Leiter der Mordaktion »T4«. In der Berliner Tiergartenstraße 4 (daher das Tarnkürzel »T4«) organisierte Heyde die von den Nationalsozialisten als »Euthanasie« bezeichneten Gasmorde. Heyde fungierte als »Obergutachter« bei der Auswahl der Psychriatriepatienten. Er entschied persönlich über Leben und Tod. Allein zwischen Januar 1940 und August 1941 wurden 70 000 psychisch und geistig kranke Patienten getötet. Insgesamt gab es etwa 300 000 Opfer der NS-Krankenmorde. Heyde, seit 1933 NSDAP-Mitglied, hatte eine doppelte Karriere gemacht: in der SS wie auch als Hochschullehrer und Wissenschaftler. Er unterstützte das NS-Programm der »Rassenhygiene«, fertigte erbbiologische Gutachten an für KZ-Lagerleiter und für die Gestapo und wirkte schon seit 1939 an den Planungen der Krankenmorde mit. Nach Kriegsende war Heyde interniert, eine Zeit lang auch im Lager Gadeland. 1947 konnte er fliehen und für Jahre untertauchen. Die Förderung durch Voss (ehemals NSDAP-Mitglied, nach seiner Internierung in Neuengamme »entnazifiziert«, nun Präsident der Schleswig-Holsteinischen Landessynode, als solcher beratend in der Kirchenleitung), wurde öffentlich bekannt, als Heyde 1959 verhaftet wurde. Die Presse titelte: »Generalstaatsanwalt war Sawades bester Freund«, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt. Dennoch wählte die Landeskirche Voss 1960 erneut zum Synodalpräsidenten. Nicht nur verschwieg sie Voss' Beziehung zu Heyde/Sawade in kirchlichen Diskussionen und Synoden-Protokollen, nein: Das gesamte Thema »Euthanasie« wurde in der Landeskirche wie auch in der kirchlichen Presse regelrecht tabuisiert – im Gegensatz zur EKD, die 1961, im Vorfeld des »T4«-Prozesses, die Krankenmorde scharf verurteilte.

◆ Hans Joachim Beyer, als Volkskundler führender NS-»Ostforscher«, war Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS. Seine rassistischen »Volksforschungen« wurden Teil der Ideologie, die dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die »slawischen Untermenschen« den Weg bereitete. Ab 1940 hatte er in Berlin den Lehrstuhl für »Volksforschung mit besonderer Berücksichtigung Osteuropas« inne. 1941 war er als »volkstumpolitischer Berater« der SS-Einsatzgruppe C in der Ukraine an der Ermordung tausender Juden beteiligt. Ein Sonderkommando derselben Einsatzgruppe ermordete auch viele polnische Intellektuelle, deren Namen auf einer von Beyer zusammengestellten Fahndungsliste standen. 1942 machte Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes und Beauftragter für die »Endlösung der Judenfrage«, Beyer zum Direktor des Instituts für Volkslehre und Nationalitätenkunde an der Deutschen Karls-Universität Prag. Nach Heydrichs Tod wurde Beyer Geschäftsführer der Reinhard-Heydrich-Stiftung, die die »Germanisierung« von Teilen der tschechischen Bevölkerung vorbereiten sollte.

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

Bischof Wilhelm Halfmann wusste von Beyers Tätigkeit als SS-Offizier und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes. Dennoch unterstützte er ihn nach 1945. Beyer hatte Halfmann seine ideologisch gefärbte Denkschrift »Kulturpolitische Fragen 1946« geschickt, in der er die deutsche Besetzung Osteuropas weiterhin guthieß. 1947 machte die Kirchenleitung Beyer zum Leiter der Landeskirchlichen Pressestelle. Zu seinen Aufgaben gehörten nun die Öffentlichkeitsarbeit, die »Beobachtung der Presse«, die »Beobachtung laufender Vorgänge« im Bereich der Landeskirche und die »Erstellung von Gutachten über akut gewordene oder akut werdende Probleme«. Seine Aufgaben verlangten den Einsatz von nachrichtendienstlichen Methoden. Persönliche Aussprachen mit Bischof Halfmann wurden in seiner Beauftragung ausdrücklich aufgeführt. Kritik eines Pastors an Beyers Einstellung wies die Kirchenleitung barsch zurück.

Mit Halfmanns Hilfe verlief auch Beyers Entnazifizierung 1948 ohne Probleme. Von da an nahm er offen den Kampf gegen linke Kräfte innerhalb der Kirche auf. Zwar wurde Beyer 1949 wegen seines zunehmend intriganten Vorgehens beurlaubt. Seine Informations- und Denunziationstätigkeit für Bischof Halfmann setzte er jedoch fort, indem er beispielsweise dem Leiter eines Predigerseminars »Agententätigkeit für Moskau« unterstellte. Jahrelang wurden Beyers NS-Vergangenheit und seine Begünstigung durch Halfmann immer wieder öffentlich thematisiert. Erst als sich Theologen über Beyers selbstherrliches Auftreten beschwerten und ein großer Bericht der »Flensburger Presse« über seine NS-Vergangenheit unmittelbar bevorstand, rückte Halfmann 1959 offiziell von ihm ab.

Beispiel für christliches Verhalten: Pastor Meyer in Ladelund

◆ Nach Kriegsende hat der Gemeindepastor von Ladelund die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert, sondern sich um Versöhnung bemüht. Johannes Meyer, seit 1930 NSDAP-Mitglied, geriet angesichts des Elends der KZ-Häftlinge in Gewissenskonflikte.

In der Gemeindechronik beschrieb er detailliert ihr Leiden und Sterben, seine Gespräche mit dem Lagerkommandanten und den Wachen, den Zustand der Toten, die Beerdigungen und einige meist vergebliche Versuche, zu helfen: »Gott erbarme sich in Gnaden unseres Volkes. Es lädt durch diese Lager eine ungeheure Blutschuld auf sich.«

Noch 1945 beantragte er bei der britischen Militärregierung die Erlaubnis zur Errichtung einer würdigen Grabstätte. Er nahm Kontakt zu den niederländischen Angehörigen der Opfer auf. Allein 110 tote Häftlinge des Ladelunder »Todeslagers« stammen aus dem Ort Putten nahe Amsterdam. General Friedrich Christiansen, Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, hatte nach einem Anschlag von Widerstandskämpfern das Dorf in Brand setzen und die Männer nach Deutschland deportieren lassen. Von den etwa 600 Männern aus Putten überlebten nur 49 das KZ-Neuengamme und seine Außenlager.

In seinen Briefen an die Angehörigen der Toten bekannte Pastor Meyer das »Verschulden des deutschen Volkes« an ihrem Leid und bat sie um Vergebung. Bereits 1946 kamen Überlebende zu einer Gedenkfeier. 1950 besuchten 130 Gäste aus Putten den neu errichteten Ehrenhain neben der Kirche – ein in der frühen Nachkriegszeit einmaliges Zusammentreffen. Im folgenden Jahr reiste Meyer nach Putten. Aus der

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

Errichtung der Grabstätte entwickelte sich eine kontinuierliche Erinnerungsarbeit, fortgesetzt von Meyers Nachfolger Pastor Harald Richter. Er verstand das historische Geschehen auch als Verpflichtung zum politischen Engagement gegen NPD und Aufrüstung.

Die 1950 offiziell gegründete Gedenkstätte Ladelund ist eine der frühesten in Deutschland und die einzige in kirchlicher Trägerschaft. In ihrem Ansatz zur grenzüberschreitenden Versöhnungsarbeit war sie ihrer Zeit wie auch der Haltung der nordelbischen Landeskirchen weit voraus.

4 Aufgabe: Die Stuttgarter Schulderklärung – wer ist schuld an den NS-Verbrechen und dem Weltkrieg?

Inhalt

- ◆ Das deutsche Volk habe »unendliches Leid über viele Länder und Völker gebracht« (Zitat von Martin Niemöller). Die Kirche wird als im Widerstand gegen das NS-Regime gescheitert beschrieben, eine Rolle die so nicht stimmt. Kein Wort findet sich über die Ermordung der Juden, der Sinti und Roma, der »Euthanasie«-Opfer, kein Wort über die Verfolgung Andersdenkender und nichts über die Kriegsverbrechen. Als Kritik an den Entnazifizierungs-Maßnahmen der Alliierten kann der Satz verstanden werden: Nicht Verschweigen und Verdrängen gefährde den beschworenen »neuen Anfang«. Bedroht sei Nachkriegsdeutschland durch den »Geist der Gewalt und Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will«.
- ◆ Auf die allerschärfste Ablehnung traf die Erklärung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Eutin. Zur Entlastung wurde, wie oft zuvor und danach, die »einseitige Kriegsschuld« beschworen, die am deutschen Volk begangen worden sei, von den Verträgen von Versailles bis zu den anstehenden Nürnberger Prozessen. Die Landeskirchen sahen sich damit völlig im Einklang mit der kirchlichen Mehrheit.

»Sündenbock«-Aussage

Die Hauptschuldigen am Zweiten Weltkrieg seien die Sieger der beiden Weltkriege. Die Situation der Deutschen wurde als »Vernichtung« beschrieben. Vermutungen:

- ◆ die Kirche spiegelte die Meinung der evangelischen Christen insbesondere der Flüchtlinge und Vertriebenen wieder und sah sich nicht als übergeordnete moralische Instanz sondern als ihre Fürsprecher.
- ◆ die christliche Lehre wurde ignoriert und das NS-Gedankengut (Antisemitismus, Sozialdarwinismus) wurde von Vertretern der Kirche unterstützt.

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

- ◆ die Kenntnisse über die NS-Verbrechen wurden verdrängt und die eigene Verstrickung in die NS-Diktatur wurde nicht reflektiert.
- ◆ kein Gewissen.
- ◆ Unfähigkeit zur Selbstkritik oder diese wäre zu schmerzhaft gewesen (kriegsbedingt unsichere Lebenssituation).

5 Aufgabe: Perspektiven auf Krieg und Frieden aus kirchlicher Sicht – Friedensinitiativen

Initiativen zur Bekämpfung der Wiederaufrüstung in der BRD

- ◆ Nur wenige Geistliche setzten sich in Friedensinitiativen ein: In Schleswig-Holstein forderten einzelne Theologen 1955 mit einem »Aufruf an die Glieder der schleswig-holsteinischen Landeskirche gegen die Wiederaufrüstung« zur Unterstützung des Manifests der antimilitaristischen »Paulskirchenbewegung« auf. 1956 erhoben sich Proteste gegen die geplante Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Einige Kirchenleute lehnten die vorgesehene Befreiung Geistlicher vom Wehrdienst genauso ab wie zuvor die Wiederbewaffnung. Sie wollten die Geistlichkeit nicht von der Auseinandersetzung mit der Gewissensfrage ausgenommen sehen. Die kritische Aufarbeitung der NS-Zeit und die Friedensbotschaft des Evangeliums waren für sie von zentraler Bedeutung. Die Kirchenleitung und viele Geistliche verurteilten die Protestaufrufe dieser Theologen scharf. 1962 sprachen sich schleswig-holsteinische Pastoren in einem Aufruf an die politischen Parteien für militärische Entspannung und Verständigung mit dem Ostblock aus.

Ansehen der Friedensinitiativen in der Kirche und in der Gesellschaft?

- ◆ Noch zu Beginn der 1980er Jahre begegnete die Führung der fusionierten Nordelbischen Landeskirche Friedensinitiativen aus den eigenen Reihen mit Skepsis. Zu dieser Zeit entstand als Reaktion auf die atomare Hochrüstung und den Nato-Doppelbeschluss eine neue Friedensbewegung. Den Auftakt der Massenproteste in der Bundesrepublik bildete eine von der Hamburger Evangelischen Studentengemeinde (ESG) mitgetragene Friedensdemonstration anlässlich des Kirchentags 1981. Obwohl an dem Protestzug viele Mitglieder des Kirchentagspräsidiums und Besucherinnen und Besucher in großer Zahl teilnahmen, kritisierten Vertreter von Kirchenleitung und Kirchenamt die ESG. Sie bezichtigten die Studentengemeinde, sich auf die Seite derer zu stellen, »die Kirche bekämpfen«. Bischof Hans-Otto Wölber ließ sich durch den Hamburger Verfassungsschutz mit vertraulichen Informationen über beteiligte Geistliche und kirchliche Organisationen und über geplante Veranstaltungen versorgen.

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

Flensburger Denkmalstreit

◆ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Umgang mit Kriegerehrungen im Kirchenraum umstritten. In Flensburg kam es 1967 über diese Frage zu einer heftigen Auseinandersetzung. Drei Pastoren der St. Marienkirche forderten die Entfernung des monumentalen Kriegerdenkmals für das »Füsillier-Regiment 86« aus ihrer Kirche. Es zeigte einen martialisch dargestellten Soldaten in Uniform mit Stahlhelm und Schwert und trug die Inschrift: »Niemand hat größere Liebe, denn die, dass er sein Leben lässt für seine Freunde«. Nach Meinung der drei Pastoren habe Kirche den Auftrag, »für Frieden und Versöhnung unter den Völkern einzutreten«. Deshalb waren sie überzeugt: »Gefallenenehrungen haben in Kirchen keinen Platz«.

Die schleswig-holsteinische Landeskirche hatte schon 1951 Leitlinien zum Totengedenken erlassen. Darin mahnte sie die Abkehr vom Pathos früherer Kriegerdenkmäler an und sprach sich grundsätzlich gegen »eine Gedächtnisstätte mit den Namen der Opfer des Krieges« im Kirchenraum aus. Obwohl sich die Flensburger Pastoren hier also im Einklang mit der offiziellen Auffassung der Landeskirche befanden, löste ihr Vorstoß Entrüstung bei Kirchenoberen und beim Militär aus. Gleichzeitig erfuhren die Flensburger Pastoren breite Unterstützung von prominenten Kirchenleuten wie dem einstigen Synoden-Präses Gustav Heine- mann. Auch der Ratsvorsitzende der EKD, Kurt Scharf, und weitere Ratsmitglieder nahmen sie in Schutz und forderten dazu auf »als falsch erkannte Formen« des Gedenkens aufzugeben. Dieser Meinung schloss sich in der Folge des Denkmalstreits sogar der Vertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel (CDU) an. Er betonte in seiner Flensburger Ansprache zum Volkstrauertag 1968, nun sei »die Erkenntnis [selbstverständ- lich geworden], dass der Nationalstaat alter Prägung nicht mehr die höchste Einheit ist, für dessen Erhaltung kein Opfer zu gering ist ...«

6

Aufgabe: Polarisierungen von rechts und links in der Kirche – Demokratisierung der Kirche?

Wolfgang Baaders Rolle

◆ Seine Rolle bei der Denunziation von Pastoren und die darin deutlich werdende Polarisierung innerhalb der Kirche: Im Jahr 1934 wurde der 18-jährige Wolfgang Baader Mitglied der NSDAP, 1941 Schriftleiter im Gaupressereferat Weser-Ems. 1943 erhielt er für seine Verdienste um »Volksaufklärung und Propaganda« das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse. Seit 1938 sei er »V-Mann im Sicherheitsdienst des Reichsführer SS« Heinrich Himmler gewesen, schrieb er 1942 in seinem Antrag auf Aufnahme in die SS. 1952 wurde Baader als Nachfolger von Hans Joachim Beyer Leiter des Evangelischen Presseverbandes und jener Schleswig-Holsteinischen Landeskirchlichen Pressestelle, die Beyer seit 1947 aufgebaut und für seinen Kampf gegen angeblich linke Kräfte in der Kirche genutzt hatte. Baader versah sie mit einem scharfen antikommunistischen Profil und machte aus ihr eine Art innerkirchlichen Geheimdienst. Er ver-

Lösungshilfen: Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?«

schickte an einen ausgewählten Empfängerkreis von Kirche und Presse »Vertrauliche Informationen« mit politischen Kommentaren, die nicht weitergegeben und nach Lektüre vernichtet werden sollten. Baader verbreitete, in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Verfassungsschutz, gezielte Indiskretionen und diffamierte Personen, die er für linke Gegner hielt oder für »theologisch getarnte kommunistische Agitatoren«. So prangerte er den späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann wegen seiner anwaltlichen Tätigkeit für inhaftierte KPD-Mitglieder an und gab damit Anlass zu dessen Überwachung durch den Verfassungsschutz. Baader, Mitbegründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK), verband in seinen Spitzel-Aktivitäten angebliche kirchliche mit realen Partei-Interessen.

Plakate

◆ individuelle Lösungen zu den Aussagen des Wahlplakates des CDU-Pressedienstes zur Wiederbewaffnung und des Plakates zum Kirchentag 1969 »(B)Rot für die Welt!«

Reaktion der Kirchenleitungen

◆ auf das politische Engagement von Pastoren in den 1970er und 1980er Jahren: In der Frühzeit des Kalten Krieges war die Evangelische Kirche – wie die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft – antikommunistisch geprägt. Dies galt auch für die nordelbischen Kirchen, vor allem für die schleswig-holsteinische Landeskirche, die mit besonders vielen Flüchtlingen und Integrationsproblemen konfrontiert war. Die oft traumatischen Erfahrungen der Menschen bei ihrer Flucht aus den Ostgebieten und der Vertreibung durch die Rote Armee ließen ihnen den Kommunismus als Schreckensbild erscheinen. Sie nahmen nicht wahr, mit welch ungeheuren Anstrengungen und Opfern die Bevölkerung der Sowjetunion die Befreiung vom Nationalsozialismus erreicht und bezahlt hatte. Der Krieg gegen die »slawischen Untermenschen«, vom NS-Regime als rassistischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg angelegt und von unzähligen Massenmord-Aktionen begleitet, hatte allein in der Sowjetunion 25 bis 30 Millionen Tote gefordert, davon etwa 15 Millionen Zivilisten. Dennoch hielt sich auch im Bereich der nordelbischen Kirchen die Überzeugung, der Krieg gegen die Sowjetunion sei im Grunde gerechtfertigt gewesen. Hier verbanden sich kirchliche Positionen – Kampf gegen den atheistischen »Bolschewismus« als christliche Pflicht – mit Nachklängen der NS-Ideologie.

Das Feindbild des »jüdischen Bolschewismus«, geprägt bereits in der Zeit des Ersten Weltkriegs, war zentraler Bestandteil der antisemitischen NS-Propaganda. In der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in der Kapitalismus und Demokratie unhinterfragt als Einheit verstanden wurden, gehörte der Antikommunismus zum politischen Grundkonsens. Dabei ging es nicht nur um eine aus demokratischer Perspektive entwickelte Kritik an den diktatorischen Regimes von KPdSU und SED, sondern häufig um eine prinzipielle Haltung. Sie lehnte jede Form der inhaltlichen Auseinandersetzung wie auch eine Versöhnungs- und Entspannungspolitik ab und diffamierte diese als »vom Osten gesteuert«.